

# GÖTTINGER BLÄTTER

12.2019

Herausgeber: Die LINKE. ☆ Rotes Zentrum e.V. ☆ DKP ☆ FG BRD-Cuba ☆ VVN/BDA ☆ GROBIAN ☆ Göttinger Linke

## ► „Riesen“ Aufbruchstimmung in der SPD

Der Erneuerungsprozess in der momentan führungs- und kopflosen SPD nimmt richtig Fahrt auf. Da positionieren sich die erfolgsgewohnten, jung-dynamischen Spitzenkräfte dieser ziemlich geschrumpften ehemaligen Volkspartei endlich wieder klar und deutlich. Als eindeutige Orientierung für die SPD-Mitglieder lassen sie wissen, dass für sie in der Entscheidung für das zukünftige Vorsitzenden Duo nur die Konstellation Scholz und (wer?) in Frage komme. Heiko Maas, das Energiebündel als Außenminister, wirbt mit seiner Forderung nach Kontinuität und Verlässlichkeit für seinen Ministerkollegen mit der schwarzen Null (der voll in die Fußstapfen von Schäuble getreten ist).

Bundesjustizministerin Lambrecht lobt Scholz als durch und durch Sozialdemo-

kraten „mit einem klaren Wertegerüst.“ Da darf dann unser hiesiger Bundestagsabgeordneter und Vizepräsident des Bundestages Thomas Oppermann in der Riege nicht fehlen und zurückstehen, „weil das Amt des SPD-Vorsitzenden von vielen unterschätzt“ (wird). Ach ja, und dann kommt auch noch Franz Müntefering zu Wort. Für ihn zählt die Kompetenz und Erfahrung von Scholz für seine Empfehlung und Entscheidung. Also liebe SPDler\*innen, helft mit bei der Erneuerung eurer Partei.

Stimmt für ein Weiter so, für die GroKo bis zum bitteren Ende und für weitere rauschende Wahlpartys nach den nächsten Wahlen. Ihr werdet doch eure Altvorderen nicht enttäuschen? Die meinen es doch nur gut mit ihrer Partei und machen sich Sorgen um ihre Zukunft. Um ihre, nicht unbedingt um die ihrer Partei. (gn)

## ► Gegen eine weitere Militarisierung deutscher Politik durch die CDU-Vorsitzende und Verteidigungsministerin

Ein Mehr an Verantwortung heißt für Frau Kramp-Knarrenbauer (!) auch – ungefragt und ungebeten – mehr Soldaten ins Ausland zu schicken. Verantwortungsübernahme bedeutet für sie die deutlich stärkere Militarisierung der deutschen Außenpolitik.

Während der französische Präsident Macron sich zwar nicht ernsthaft antimilitaristisch äußert, aber immerhin die NATO-Strukturen kritisch hinterfragt und die sogenannten NATO-Partner USA und Türkei als unsichere und fragwürdige Kantonisten und Mitglieder kennzeichnet, übt sich unsere sogenannte Verteidigungsministerin in unverbrüchlicher Vasallentreue zur US-Administration. Sie übt den Kniefall vor der Trump'schen Forderung nach drastischer Erhöhung des Militärhaushaltes.

Sie drängt sich in die vorderste Reihe der sich als Weltpolizisten aufspielenden Politiker\*innen. Statt Verantwortung für den Weltfrieden zu übernehmen, will sie die Aufrüstung und Militarisierung deutscher Politik forcieren. Ich nenne das Verantwortungslos.

Während Macron zwischenzeitlich von einer "hirntoten NATO" spricht verfolgt unsere sogenannte Verteidigungsministerin eine hirnlose Politik, die stark an die Zeiten des Kalten Krieges erinnert. Schon jetzt agieren deutsche Soldaten in vielen Teilen der Welt. Sollen es immer noch mehr und mehr werden?

Unsere Antwort kann nur ein klares Nein sein. Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts.

(gn)

### im Internet

[https://www.goettinger-linke.de/goeblae\\_2019.php](https://www.goettinger-linke.de/goeblae_2019.php)

### Kontakt

POST: Göttinger Blätter  
Lange Geismarstraße 2  
37083 Göttingen

Druck: AktivDruck Göttingen  
Telefon: 0551/67065

### Inhalt

Aufbruchstimmung	1
VVN	2
FG Cuba	3
DKP	4
Grobian	5
DIE LINKE. Termine	6
DIE LINKE. Kreistagsinfo	7
Die LINKE. Kreisverband	8
Rotes Zentrum e.V.	9
GöLinke	10
GöLinke Ratsinfo	11
Buchvorstellung Bittner	12

### Redaktionsschluss

für die Ausgabe 01.2020  
ist der 13. Dezember.  
Auslieferung am 19. Dezember.

## Die EU und der Syrienkrieg

Die Referentin, Sabine Lösing, ehem. Mitglied des Europäischen Parlaments, wird über die Aktivitäten der EU vor und während des Syrienkrieges informieren.

**Freitag, 6. Dezember, 19.00 Uhr**  
**Selbsthilfe Körperbehinderter, Neustadt 7**

Eine Veranstaltung der Rosa Luxemburg Stiftung und des Friedensforums Göttingen





## Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Internet: [www.goettingen.vvn-bda.de](http://www.goettingen.vvn-bda.de) • Email: [vvn-goettingen@secarts.org](mailto:vvn-goettingen@secarts.org)

Dokumentarfilm

### „Der Balkon — Wehrmachtsverbrechen in Griechenland“

Kino Lumière, Geismar Landstr. 19

Ein Film von Chrysanthos Konstantinidis über die Vernichtung des Dorfes Lyngiádes am 3. Oktober 1943. (Griechenland 2017, griechisch mit deutschen Untertiteln)

Lyngiades ist ein kleines Dorf in Epirus, im Nordwesten Griechenlands. Wegen seiner exponierten Lage wird es auch der „Balkon“ der Provinzhauptstadt Ioannina genannt. Am 3. Oktober 1943 fallen Soldaten der Wehrmachtsdivision „Edelweiß“ in das Dorf ein. Sie treiben die Einwohner in die Keller der Häuser, mähen Frauen, Kinder, Alte mit Maschinengewehren nieder und zünden das gesamte Dorf an. Nur fünf Einwohner des Dorfes überleben diese Gräueltat der Wehrmacht. So wie Lyngiades hat die Nazi-Wehrmacht über 1.700 Dörfer in Griechenland zerstört. Die deutsche Bundesregierung weigert sich bis heute, die Griechenland nach dem Zweiten Weltkrieg zugesprochenen Reparationen zu begleichen.

Die Geschichte dieses Verbrechens und seiner juristischen Verleugnung hat Professor Christoph Schminck-Gustavus in seinem Buch „Feuerrauch“ dokumentiert. Er reiste bereits 1989 an den Ort, der noch heute vom Schrecken gezeichnet ist. Er hat die letzten Überlebenden des Massakers gefunden, ihre Berichte aufgezeichnet und Archive gesichtet. Chrysanthos Konstantinidis zeigt die Recherche- und Erinnerungsarbeit von Schminck-Gustavus in eindrucksvollen Bildern und führt sie fort. Nachkriegsgenerationen hören so zum ersten Mal die Stimmen ihrer Vorfahren, die das Massaker beschreiben. Erinnerung und Trauer werden wach vor dem Hintergrund eines kollektiven Traumas. Der Film wurde bereits in Griechenland auf Filmfestivals gezeigt und hat mehrere Preise gewonnen.

Im Anschluss an den Film besteht die Möglichkeit der gemeinsamen Diskussion mit Chrysanthos Konstantinidis und Christoph Schminck-Gustavus.

Der Eintritt zum Film ist kostenlos. Besucher werden gebeten, sich nach der Veranstaltung mit einer kleinen Spende an der Deckung der Kosten beteiligen.

Veranstaltet von der VVN-BdA Kreisvereinigung Göttingen.

## NS-Zwangsarbeit in der südniedersächsischen Industrie

Eine Führung durch die Ausstellung  
„Auf der Spur europäischer Zwangsarbeit“ mit Kim Wegner, Physikstudentin

Sonntag, 01.12.2019, 14.30 Uhr

Dauerausstellung „Auf der Spur europäischer Zwangsarbeit. Südniedersachsen 1939-1945“ in der BBS II, Godehardstraße 11

Ohne ausländische Zwangsarbeitende wäre die deutsche Industrie während des Zweiten Weltkriegs zusammengebrochen. Die Führung zeigt, wie und unter welchen Lebens- und Arbeitsbedingungen verschleppte Menschen aus den von Deutschland besetzten Ländern auch in Südniedersachsen die Produktion in großen wie kleinen Betrieben aufrechterhalten mussten. Besonders in den Blick genommen werden dabei die Göttinger Optik- und Feinmechanik-Unternehmen wie Ruhstrat, Sartorius oder Winkel-Zeiss sowie die Heeresmunitionsanstalt in Volpriehausen, die Polte-Werke in Duderstadt sowie das Flakzeugamt auf dem Egelsberg in Göttingen.

Veranstaltet von der Geschichtswerkstatt Göttingen e.V. und der Dauerausstellung „Auf der Spur europäischer Zwangsarbeit. Südniedersachsen 1939-1945“

## Der NSU-Mord an Halit Yozgat in Kassel — Die Fragen bleiben

Vortrag und Diskussion mit Alexander Kienzle, Rechtsanwalt des Vaters des Ermordeten, Hamburg

Dienstag, 03.12.2019, 19.00 Uhr

Our House OM 10,  
Obere-Masch-Straße 10

Am 6. April 2006 wurde in Kassel der Internetcafé-Betreiber Halit Yozgat, 21 Jahre alt, vom NSU erschossen. Die Rechtsterroristen begingen diesen neunten Mord nur zwei Tage nach der Ermordung von Mehmet Kuba ik in Dortmund. Ein Beamter des hessischen Landesamtes für Verfassungsschutz war zur Tatzeit vor Ort. Der Fall wirft auch nach dem langwierigen NSU-Prozess und trotz der Aufklärungsversuche durch politische Untersuchungsausschüsse und zivilgesellschaftliches Engagement immer noch viele Fragen auf.

Veranstaltet von der Geschichtswerkstatt Göttingen e.V. und der Dauerausstellung „Auf der Spur europäischer Zwangsarbeit. Südniedersachsen 1939-1945“ in Kooperation mit dem Haus der Kulturen Göttingen

Filmvorführung und Diskussion:

## „Gelem, Gelem — wir gehen einen langen Weg“

Sonntag, 15.12.2019, 20.00 Uhr

Filmtheater Lumière,  
Geismar Landstraße 19

Das Roma Center zeigt den Film „Gelem, Gelem — wir gehen einen langen Weg“. Der Film erzählt eine Geschichte der Kämpfe um das Bleiberecht von Roma. Entstanden zwischen Herbst 1989 und Frühjahr 1991 dokumentiert er eine der größten und intensivsten Protestbewegungen von Roma in Deutschland, die ihre Forderungen von Stadt zu Stadt getragen hat.

Nach der Vorführung diskutieren wir mit Rudko Kawczynski. Er ist Protagonist des Films und war Mitorganisator des Protests. Wie weit sind wir gegangen? Wo haben uns die Proteste hingeführt? Welche Kämpfe bleiben?

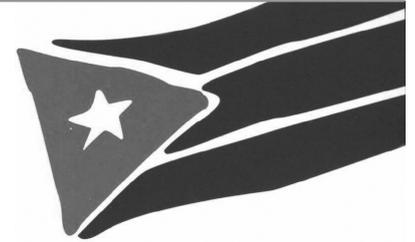
Veranstaltet vom Roma Center e.V.

# Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen  
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de / www.fgbrdkuba.de

## Mitgliederversammlung

10. Dezember um 20.00 Uhr im Berliner Hof



unser Kooperations-  
u. Bildungspartner:

Verein Niedersächsischer  
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

## ▶ 187 Stimmen für Kuba lassen die USA vor der Welt schlecht dastehen

**UN-Vollversammlung verurteilt US-Blockade mit 187 gegen drei Stimmen:  
Brasilien, Israel und die USA**

Die Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba fordert:

**Am 7. November 2019 hat die UN-Generalversammlung mit überwältigender Mehrheit die Beendigung der Handels-, Wirtschafts- und Finanzblockade der USA gegen Kuba gefordert. Die Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba verlangt insbesondere von der Bundesregierung die konsequente Umsetzung des von ihr unterstützten Beschlusses.**

Wieder einmal, zum 28. Mal in Folge, hat die Weltgemeinschaft die US-Blockade gegen Kuba mit großer Einmütigkeit verurteilt. Das überwältigende Abstimmungsergebnis von 187 zu 3 Stimmen spricht für die politische Isolation der USA. Die

Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba begrüßt die erneute, massive Zurückweisung der von den USA gegen Kuba verhängten Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade seitens der UN-Generalversammlung und gratuliert dem kubanischen Volk und seiner Regierung zu diesem erneuten Erfolg.

Die Vorsitzende der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba, Petra Wegener, erklärt dazu: „Dieser internationale Erfolg Kubas fällt in eine Zeit der verschärften Aggressionspolitik der USA in der Region. Die Trump-Regierung führt einen regelrechten Wirtschaftskrieg gegen Kuba und seine Verbündeten. Die europäischen Regierungen stimmen an einem Tag gegen die Blockade, aber den Rest des Jahres schauen sie

untätig zu, wie großes Unrecht geschieht und beinahe täglich EU-Vorschriften verletzt werden.“ Die Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba verurteilt die Blockadepolitik der USA, welche nach der UNO-Definition Züge eines Völkermords trägt. Zugleich fordert die Solidaritätsorganisation die Bundesregierung auf, endlich zu handeln und die extraterritorialen Embargo-Maßnahmen der USA zu ahnden.

„Die US-Blockade gegen Kuba findet zunehmend auch in der BRD Anwendung“, so Wegener. „Diese Praxis verstößt unter anderem gegen die am 22. November 1996 erlassene Verordnung Nr. 2271/96 des Europäischen Rates. Wie lange will die Bundesregierung dem Eingriff in ihren Gesetzesraum noch tatenlos zusehen?“

Die Vorsitzende der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba fordert deshalb: „Völkerrechtliche US-Gesetze dürfen nicht länger das Handeln der europäischen Staaten und Finanzinstitute bestimmen. Es muss endlich Schluss sein mit der heimlichen Kumpanei der EU und der Bundesregierung mit der Aggression gegen Lateinamerika!“

## ▶ Sonderentwicklungszone Mariel konsolidiert sich als wichtiges Zentrum für Investitionen

Die Sonderentwicklungszone Mariel (ZEDM) festigt ihre strategische Position bei der Entwicklung der Insel, da sie bis heute über 2,3 Milliarden Dollar an Investitionen aus mehr als dreißig Ländern verbuchen konnte.

Die im Westen Havannas gelegene Sonderentwicklungszone Mariel (ZEDM) festigt ihre strategische Position bei der Entwicklung der Insel, da sie bis heute über 2,3 Milliarden Dollar an Investitionen aus mehr als dreißig Ländern verbuchen konnte. Dies wurde gestern beim IV. Forum für Investitionen der 37. Internationalen Messe von Havanna (FIHAV-2019) bekanntgegeben.

Die ZEDM Generaldirektorin Ana Teresa Igarza hob hervor, dass dieses wichtige Entwicklungszentrum bereits 50 genehmigte Geschäftszweige aus 32 Ländern aufweise, davon 29 mit ausländischem Kapital, sieben funktionierten mit rein ku-

banischem Kapital und weitere zwei seien Internationale Wirtschaftspartnerschaften. Die Generaldirektorin führte weiter aus, dass von den genehmigten Unternehmen 26 ihren Betrieb aufgenommen hätten und 11 Multinationale in der Zone präsent seien.

Auch sei der Aufbau der photovoltaischen Solarparks des Unternehmens Mariel Solar gut vorangekommen und wenn dieser erst einmal völlig eingerichtet sei, würde er zum Ziel des Landes beitragen, bis zum Jahr 2030 bis zu 24 % seiner Energie aus erneuerbaren Energiequellen zu erzeugen.

Ana Tera Igarza sagte außerdem, dass Mariel bereits über 7.476 direkte Arbeitsplätze verfüge und betonte, dass man die urbane Entwicklung und die Infrastruktur der ZEDM fortführe, wozu auch der Bau von Straßen, Aquädukten und Abwasserkanälen gehöre. Sie sprach ebenfalls über die

Projekte für Dienstleistungen wie eine Post und eine internationale Anwaltskanzlei, die zusammen mit einer meteorologischen Station und einem neuen Service Center sowie einem Catering Zentrum mit einer Kapazität von 10.000 Rationen sowie der Einrichtung einer neuen Feuerwache, den Standard des Ortes erhöhen würden.

Igarza wies auf die Fortschritte beim Aufbau des Industrieparks auf einem Gebiet von 156 Hektar hin, der von dem Unternehmen mit vietnamesischen Kapital ViMariel durchgeführt würde.

„Bei all diesen Investitionen ist es auch wichtig festzustellen, dass sich das System des Einzigen Schalters bewährt hat, dem sich Organe wie das Transportministerium, das Gesundheitsministerium und diverse Institutionen, die mit dem Innenministerium in Verbindung stehen, eingegliedert haben“, betonte sie.



# Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen



Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen, dkpgoettingende.wordpress.com, goettingen@dkp-niedersachsen.de

## ► Sozialismus und Arbeiterklasse

Einladung zum Lösen einer ungelösten Frage

«Ich habe bemerkt», sagte Herr K., «dass wir viele abschrecken von unserer Lehre dadurch, dass wir auf alles eine Antwort wissen. Könnten wir nicht im Interesse der Propaganda eine Liste der Fragen aufstellen, die uns ganz ungelöst erscheinen?» (Bertolt Brecht)

Die Kommunistinnen und Kommunisten sind diejenigen, die eine Überzeugung eint: Durch Reformen innerhalb des kapitalistischen, auf Ausbeutung und Profitmaximierung beruhenden Wirtschafts- und Gesellschaftssystems sind die wachsenden Probleme dieses Planeten nicht zu lösen. Wir brauchen einen grundlegenden Systemwechsel hin zu gesamtgesellschaftlicher Planung auf der Grundlage von kommunalem Eigentum an den Produktionsmitteln – sozusagen eine Pariser Commune 2.0.

Wer aber könnten diejenigen sein, die den Weg für eine solche tiefgreifende Wende bahnen? Die Herrschenden, die Besitzer der Produktionsmittel, die vielen Herren (und wenigen Damen) in den oberen Etagen der Banken, Versicherungen und Industriekonzernzentralen und auch ihre Diener in den politischen Parteien, die in ihrem Interesse versuchen, das Volk von dem Gedanken an die Notwendigkeit der Vergesellschaftung ihrer Produktionsmittel fernzuhalten, werden das nicht sein.

So begeistert wir von den Aktivitäten der für die Klimastabilisierung jeden Freitag auf die Straße gehenden Schülerinnen und Schüler sind: Sie selbst weisen darauf hin, dass sie allein die Verhältnisse nicht zum Tanzen bringen können.

### Wer könnte es dann sein?

Damit befassen sich in diesen Wochen in der ganzen Bundesrepublik die Gruppen der DKP, die bundesweit einheitliche „Bildungszeitungen“ zu bestimmten wichtigen Themen debattieren. Zum Ende des Jahres ist dazu ein Material zu der Frage der „DKP und Arbeiterklasse heute“ herausgekommen

(s. www.dkp.de). In diesem Heft wird darauf hingewiesen, dass seit dem „Kommunistischen Manifest“ von 1848 die Hoffnung auf eine grundlegende Veränderung der auf Tauschwirtschaft und privatem Eigentum an Produktionsmitteln beruhenden Gesellschaften auf dem Proletariat liegt – denen also, die kein Eigentum an diesen Produktionsmitteln haben und nur dadurch über die Runden kommen, dass sie ihre Arbeitskraft an die Besitzer von Produktionsmitteln verkaufen, die Arbeiterklasse also. Im „Manifest“ ist das so formuliert: „Das Proletariat, die unterste Schicht der jetzigen Gesellschaft, kann sich nicht erheben, nicht aufrichten, ohne dass der ganze Überbau der Schichten, die die offizielle Gesellschaft bilden, in die Luft gesprengt wird.“

Dieser Prozess wurde seitdem von den Kommunistischen Parteien als „welthistorische Mission der Arbeiterklasse“ bezeichnet, wie es beispielsweise im Lehrbuch „Wissenschaftlicher Sozialismus“ von 1989 heißt. Aber wie ist das heute?

2017 legte der Göttinger Marxist Jörg Miehe eine über 450 Seiten starke statistische Untersuchung unter dem für unsere Kommunistische Partei provokanten Titel "Vom Schwinden der Arbeiterklasse" vor, in der er ausführte, dass durch die Entwicklung der Produktivität die traditionelle Arbeiterklasse kleiner werde - nicht nur relativ, sondern auch absolut. Er schrieb damals: „Ich wünsche mir, dass die notwendigen

### Mitgliederversammlung im Dezember

Die Mitgliederversammlungen finden im **Roten Zentrum, Lange Geismarstr. 2**, statt.

**MV Dienstag., 03. Dezember, 20:00 Uhr**

**BVG-Urteil zu Hartz IV:  
Was ist neu, welche Auswirkungen hat das Urteil?**

Gast: Gertrud Niers,  
Sozialberatung Arbeit u. Leben

**MV Dienstag., 17. Dezember, 20:00 Uhr**

**(Arbeiterklassenkampf statt Annetegret Kamp-Karrenbauer)**

- Kommunistischer Streit um die Arbeiterklasse

empirischen und theoretischen Desillusionierungen, zu denen das vorliegende Buch führt, nicht zur Resignation, sondern zur vertieften Suche nach den Bewegungsmustern des gesellschaftlichen Fortschritts beitragen möge.“

Das wollen wir gemeinsam – am 17. Dezember (s. Kasten) und darüber hinaus versuchen. Wir leben in einer Zeit, in der es im wahrsten Sinne des Wortes an allen Ecken und Enden brennt, die Welt – wie es selbst Bundespräsident Steinmeier formulierte – aus den Fugen gerät. Wer kann sie wieder in Ordnung bringen?

Diese wohl wichtigste Frage haben wir uns bis zum Schluss des Jahres aufgehoben und laden herzlich ein, an ihr mit uns gemeinsam zu knabern. Eine Antwort wissen wir nämlich – getreu der Empfehlung von Bertolt Brecht – bis jetzt noch nicht so ganz.

(ms)

Termin vormerken!



**21. UZ-PRESSEFEST  
VOLKSFEST DER DKP**

**DAS FEST DES FRIEDENS  
UND DER SOLIDARITÄT**

**28. - 30. AUGUST 2020**

# GROBIAN GRONER BÜRGERINITIATIVE ANTIFASCHISMUS

- ☛ Kontakt unter 0551-93435 (Gunnar)
- ☛ Mail: grobian-grone.web.de
- ☛ Treffen: Donnerstags 20.00 Uhr, Jona-Gemeinde



unser Kooperations- u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer  
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

ADLER AG:

## ► Täuschen, Tarnen, Absahnen

**Im Juli/August dieses Jahres schrieb die ADLER AG an die Grünen und die Piraten noch: „Generell ist es unser erklärtes Ziel, mit unseren Mieterinnen und Mietern leicht verständlich, gutnachvollziehbar und transparent zu kommunizieren.“**

Die Realität: Seit rd. zwei Monaten hängt vor dem „Servicecenter“ der nebenstehende Zettel mit folgendem Text: „Mieterinformation: - Bis auf Weiteres finden keine Sprechstunden der Vermietung statt – Wir bitten um Verständnis – mit freundlichen Grüßen ...“

Wenn das keine „Charme-Offensive“ ist, die die Realität der Täuschung ganz gut ins Bild rückt und eigentlich auch keinen Zweifel lässt, was wirklich gewollt wird:



## Nebenkosten falsch und überhöht: Hausmeisterkosten steigen um 85 %!

Dass es natürlich wieder einen „Ausrutscher“, einen „bedauerlichen Fehler“ bei der NK-Abrechnung für das Jahr 2018 gab, hatten wir bereits berichtet. ADLER hatte es dann auch gemerkt und berichtigt.

Aber der „dickste Klops“, den die MieterInneninitiative bisher entdeckt hat, sind die Hausmeisterkosten:

Im Jahr 2017 betrugen diese (für die Häuser Deisterstr. 13 – 25) noch rd. 6.250 Euro im Jahr, die sich die MieterInnen dieser Häuser teilen mussten. Für das Jahr 2018 betragen sie nun rd. 11.570 Euro; eine Steigerung um gut 85 % !!!

Eine Begründung gibt's auch: Der Hausmeisterdienst war 2017 noch an eine externe Firma vergeben, die die Arbeit aber schlecht erledigte. Nun ha-

ben sie diese Dienste an eine eigene (!) Firma übertragen. Die Folge: Fast eine Verdopplung der Kosten.

Wir haben ein paar NachbarInnen gefragt, ob ihnen im vergangenen Jahr die 85%-ige Verbesserung gegenüber 2017 aufgefallen ist. Diese haben fast einen Lachkrampf bekommen.

Rendite durch Verteuerung von Nebenkosten!

**„Selbstverständlich informieren wir unsere Mieter über die konkreten Rahmenbedingungen, sobald diese feststehen. So findet am 24. Oktober 2019 eine Mieterveranstaltung statt, auf der wir den Umbauprozess erläutern und Fragen im direkten Austausch klären können.“**

Das ist wieder ein Zitat aus einem der vollmundigen Briefe, mit denen die ADLER ihre wahren Absichten verschleiert; wieder ein Brief an Grüne und Piraten, der den MieterInnen vorliegt, diesmal sogar vom 10. September!

Ja sogar folgende Aussage befindet sich in diesem Brief: „Ihre Hinweise bezüglich eines Verbesserungsbedarfes in einzelnen Wohnungen nehmen wir gern auf. Wir werden die Sachverhalte umgehend prüfen, um die Situation unserer Mieter zu verbessern.“

Weder hat diese Mieterveranstaltung stattgefunden, noch konnten MieterInnen feststellen, dass sich irgendwer für die Mängel in ihren Wohnungen interessiert:

Die MieterInneninitiative hatte im Oktober Hausbesuche in den Häusern

an der Harzstr. und im Süntelweg durchgeführt. Außer, dass sie fast überall willkommen geheißen wurden, wurden sie vielfach in die Wohnungen hereingebeten, um sich schäbige Badewannen, Schimmel, oder defekte Heizkörperventile ansehen zu können.

Man könnte die Liste der Ankündigungen und Versprechungen, die alle nicht wahr geworden sind, fortsetzen. Ein Blick in den sog. Städtebaulichen Vertrag“ würde reichen. Aber ein Beispiel soll noch gegeben werden:

„(...) zählen wir insbesondere den von uns vorgesehenen Bau einer Kita, die später von der Stadt Göttingen betrieben werden soll“, so im Schreiben aus dem Juli/August. Pustekuchen! Nix zu sehen, still ruht der See!

Kenner der Immobilienbranche gehen heute davon aus, dass hier nichts mehr gebaut werden wird – zumindest nicht von der ADLER AG. Vermutungen gehen sogar dahin, dass ein Verkauf der Göttinger Immobilien ansteht. Das aber wird bedeuten, dass der nächste Miethai kommt, um mit höheren Mieten höhere Renditen zu erreichen.

Und die Stadt Göttingen, sowohl die Verwaltung und die Mehrheit des Rates? Sie haben sich einfach verarschen lassen!

**Bezahlbare Mieten sind mit Miethaien nicht zu machen!**

(gusi)



# DIE LINKE.

[www.die-linke-goettingen.de](http://www.die-linke-goettingen.de)

## Außerordentliche Kreismitgliederversammlung

**Montag, 16. Dezember, 19:00 Uhr**, Foyer des Roten Zentrums, Lange-Geismar-Str. 2  
Themenabend zur Strategiedebatte innerhalb der Partei.  
Nähere Informationen findet Ihr auf der nächsten Seite.

## Jugendverband [‘solid’]:

In der Regel wöchentlich: Donnerstag, 19.30 Uhr bei Arbeit und Leben, Lange Geismar Str. 73

## Kommunalpolitischer Arbeitskreis:

**Mittwoch, 4. Dezember 2019** im Neuen Rathaus, Raum 1118

**Thema:** Vorstellung der Initiative Fridays for Future und ihrer (Klima)politischen Ziele mit einer Diskussion kommunalpolitischer Ansätze und Möglichkeiten der Unterstützung dieser.

## Termine der Ortsverbände:

### OV Göttingen Jahreshauptversammlung

**Montag, 2. Dezember 2019, 19:00 Uhr**, Foyer des Roten Zentrums, Lange-Geismar-Str. 2  
Thema: Nach den Wahlen. Analysen und Konsequenzen der Wahlergebnisse der LINKEN (mit Eckhard Fascher) und Vorbereitung der MV der GÖLINKEN am 26.11.

#### Tagesordnung:

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Tagesordnung, Wahl der Versammlungsleitung, Protokoll, Mandatsprüfung
2. Bericht des OSR
3. Wahl des Ortssprecher\*innenrates
  - 3.1. Wahl einer Wahl- und Zählkommission
  - 3.2. Wahl der Liste zur Sicherung der Mindestquotierung
  - 3.3. Wahl der gemischten Liste
4. Arbeitsplanung des Ortsverbandes
5. Kommunalwahlen 2021
6. Termine / Verschiedenes

### OV Altkreis-Osterode Mitgliederversammlung:

Nächster Termin Anfang 2020.

### OV Dransfeld Mitgliederversammlung:

**Freitag, 13. Dezember, 19:00 Uhr**, Tulpenweg 2 a, Keller, Dransfeld.

**Hauptthemen:** Alkoholfreie Weihnachtsfeier und die Vorbereitungen zur Abschaffung oder jährlichen Zahlung der Strassenausbaugebühren

### OV Bovenden Mitgliederversammlung

Nächsten Termin bitte bei Marius Fedry (vgl. Adressenspalte).erfragen.

## Arbeitskreise

### AG Antifa Treffen

**Mittwoch, 11. Dezember, 18:00 Uhr** im Foyer des Roten Zentrum.

Die AG Antifa sucht dringend Mitstreiterinnen. Geplant sind Veranstaltungen in Friedland und Dransfeld zum Thema "Rechtsruck auf den Dörfern? Wie vernetzt sich die extreme Rechte?"

## KV Göttingen/Osterode

Lange Geissmarstraße 2, 37073 Göttingen  
Tel.: 05 51 - 29 14 05 46  
[kreisverband@die-linke-goettingen.de](mailto:kreisverband@die-linke-goettingen.de)

### Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Anfragen an: [kreisverband@die-linke-goettingen.de](mailto:kreisverband@die-linke-goettingen.de)

### Jugendverband [;solid]:

Mail: [solid\(at\)solid-goettingen.de](mailto:solid(at)solid-goettingen.de) und bei facebook  
Homepage: <https://solid-goettingen.de/>

**Hochschulgruppe SDS:** Katja Sonntag,  
E-Mail: [katja.sonntag@die-linke-goettingen.de](mailto:katja.sonntag@die-linke-goettingen.de)

### Ortsverbände:

#### OV Göttingen

Adresse und Telefon wie KV, E-Mail:  
[ortsverband@dielinke-goettingen.de](mailto:ortsverband@dielinke-goettingen.de)

#### OV Rosdorf

Bettina Weigert, Tel. 0175-1948368  
[rosdorf@dielinke-goettingen.de](mailto:rosdorf@dielinke-goettingen.de)

#### OV Bovenden

Marius Fedry, Tel. 0159 01282354  
[bovenden@dielinke-goettingen.de](mailto:bovenden@dielinke-goettingen.de)

#### OV Altkreis Osterode

Ilyas Cangöz  
[kreis.osterode@die-linke-goettingen.de](mailto:kreis.osterode@die-linke-goettingen.de)

#### OV Dransfeld

Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a,  
37127 Dransfeld, Tel. 05502-4798034,  
[dransfeld@dielinke-goettingen.de](mailto:dransfeld@dielinke-goettingen.de)

#### OV Hann. Münden

E-Mail: [Hann.Muenden@die-linke-goettingen.de](mailto:Hann.Muenden@die-linke-goettingen.de)

## Zusammenschlüsse:

### Ökologische Plattform:

Eckhard Fascher, Tel. 01523 2077973  
Festnetz: 0551-40137061  
[eckhardfascher@web.de](mailto:eckhardfascher@web.de)

### Antikapitalistische Linke

Edgar Schu, Tel. 0551-20190386  
[edgar.schu@goettinger-linke.de](mailto:edgar.schu@goettinger-linke.de)

### AG Betrieb & Gewerkschaft

Andreas Gemmecke,  
Tel. 0551-61401/ 0151-14444619,  
E-Mail: [ag-gb@dielinke-goettingen.de](mailto:ag-gb@dielinke-goettingen.de)

### AG Frauen

**Britta Schmerling**, Tel. 0551-486538

### Sozialistische Linke

Dietmar Reitemeyer  
E-Mail: [SL-Goettingen@web.de](mailto:SL-Goettingen@web.de)

### Kommunistische Plattform

Peter Strathmann,  
E-Mail: [walter.noobsch.kpf@gmx.de](mailto:walter.noobsch.kpf@gmx.de)

### AG Antifa:

[ag-antifa@die-linke-goettingen.de](mailto:ag-antifa@die-linke-goettingen.de)

## Rosa-Luxemburg-Club Göttingen

Eckhard Fascher,  
E-Mail: [rlc-goettingen@rls-nds.de](mailto:rlc-goettingen@rls-nds.de)  
<http://nds.rosalux.de/> und bei facebook.

## Spendenkonto KV Göttingen

Volksbank Kassel Göttingen eG  
IBAN DE08 5209 0000 0047 3038 00

# DIE LINKE.

Kreisverband Göttingen/Osterode

## ► Zur Strategiedebatte

Am 8. Oktober gab der Parteivorstand den offiziellen Startschuss für die Strategiedebatte der LINKEN auch mit folgenden Worten an die Mitglieder: „Wir möchten euch einladen, mit uns über künftige Herausforderungen und die Strategie unserer Partei zu diskutieren. Bitte bringt Eure Überlegungen zu Papier und schickt sie uns. Gemeinsam mit Euch wollen wir sie auf einer Strategiekonferenz diskutieren.“ Informationen findet Ihr auf der Netzseite [strategiedebatte.die-linke.de](http://strategiedebatte.die-linke.de) An die Adresse [strategiedebatte@die-linke.de](mailto:strategiedebatte@die-linke.de) können bis zum 10. Januar 2020 Beiträge geschickt werden. Am 29.02. und 01.03.

soll dann in Kassel eine Strategiekonferenz stattfinden. Die Einladung richtet sich ausdrücklich auch an nahestehende Nicht-Parteimitglieder.

Die Gesellschaft und das Parteiensystem sind im Umbruch. Ökologische Probleme wie die Klimakrise spitzen sich zu. Die soziale Spaltung verschärft sich und damit soziale Probleme wie die Mietenfrage, Rente oder Pflege. Dies geht einher mit dem Aufstieg der autoritären Rechten, aber auch neuen sozialen und ökologischen Bewegungen, da sich die herrschende Politik als unfähig erweist,

die sozialen und ökologischen Probleme zu lösen.

Vor dem Hintergrund der Wahlniederlagen bei der Europawahl und den Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen wird die Notwendigkeit gesehen, die eigene Rolle neu zu finden, ohne die bisherigen grundlegenden Ziele oder die Interessen/Klassen-Vertretung für Schwächere und die Lohnabhängigen aufzugeben. Ziel ist es, eine Verständigung darüber zu erreichen, wie gemeinsam auf die neuen Herausforderungen reagiert werden kann.

In Göttingen wollen wir am Montag, 16. Dezember, 19:00 Uhr im Foyer des Roten Zentrums, Lange-Geismar-Str. 2, die Strategiedebatte führen. Dabei besteht auch die Möglichkeit, Vorschläge für den KV zu machen bzw. zu erörtern, was thematisch in den Vordergrund gestellt werden sollte. *ef*

KMV:

## ► Südharz-Fusion – Nein Danke

Bei der letzten Kreismitgliederversammlung am 13.11. wurde die geplante Fusion der Südharzgemeinden Bad Lauterberg, Bad Sachsa und Walkenried einstimmig abgelehnt. Die ablehnende Haltung der Kreistagsfraktion zu einer finanziellen Förderung dieser und ähnlicher Fusionen durch den Landkreis wird somit ausdrücklich unterstützt.

Dies entspricht auch der Position des Ortsverbandes Altkreis Osterode. Dieser hatte bereits die Umwandlung der Samtgemeinde Walkenried zur Einheitsgemeinde abgelehnt.

Die Diskussion zu diesem Punkt war vom Fraktionsvorsitzenden Eckhard Fascher beantragt worden. Hintergrund war, dass in der Kreistagssitzung am 2. Oktober von Seiten der verwaltungsnahen Gruppe SPD, CDU und FWLG sowie der CDU eine Verwaltungsvorlage beschlossen wurde, die die Förderung eines freiwilligen Zusammenschlusses von Gemeinden und der Umwandlung von Samtgemeinden in Einheitsgemeinden mit bis zu einer Mio. Euro als freiwillige Leistung des Landkreises vorsieht. Hierbei sollen nur Zusammenschlüsse gefördert werden, deren Einwohnerzahl dann 10.000 Einwohner übersteigt. Zusammenschlüsse von über 20.000 Einwohnern können mit einer höheren Förderung rechnen. Anlass für den Beschluss war die Südharz-Fusion.

Eckhard Fascher hatte diese Vorlage abgelehnt und in seiner Rede kritisiert, dass der Landrat „in seinem technokratischen Denken“ auf immer größere kommunale Einheiten setzen würde, die er grundsätzlich positiv beurteilen würde. Eine kritische Abwägung der Vor- und Nachteile von solchen Fusionen fände nicht statt. Gerade Gemeindefusionen würden aber bei vielen Bürgerinnen und Bürgern Ängste auslösen, da sich diese häufig mit ihren jeweiligen Städten und Gemeinden identifizieren und „leider zu Recht“ einen Verlust von Bürgernähe befürchten.

In seiner Begründung des Antrags auf der Kreismitgliederversammlung wies er zudem daraufhin, dass es nicht darum gehe, grundsätzlich jeden Zusammenschluss abzulehnen, sondern um die Ablehnung eines Weltbildes, das Samtgemeinden oder kleineren Gemeinden das Existenzrecht abspricht.

Timo Rose (OV Altkreis Osterode) wies in der anschließenden Diskussion auf die Probleme hin, die bereits durch die Umwandlung der Samtgemeinde Walkenried zu einer Einheitsgemeinde entstanden waren. So war es durch die Auflösung der Gemeinderäte und den Verlust der Haushaltshoheit der drei früheren Gemeinden bereits zu einem massiven Demokratieabbau gekommen. Auch war die Umbenennung von Straßen

und die Änderung der Postleitzahl in der neuen Gemeinde Walkenried notwendig geworden. Diese Probleme würden sich bei der Südharz-Fusion potenzieren. So erwartet er in Teilen der neuen Gemeinde Gebührenerhöhungen, da diese einander angeglichen werden müssten.

Weiterhin wurde gefordert, Kommunen grundsätzlich besser auszustatten. Aufgrund der weitreichenden Folgen von Gemeindefusionen müssen die Bürgerinnen und Bürger der betreffenden Gemeinden in einem Bürgerentscheid abschließend über die Fusion entscheiden können. *ef*

## Amira Fraktionsvorsitzende

Am 12. November wurde Amira Mohamed Ali in einer Kampfabstimmung gegen Caren Lay, die sie mit 36 zu 29 gewann, zur Co-Fraktionsvorsitzenden neben Dietmar Bartsch gewählt, der dieses Amt bereits seit 2015 bekleidet. Sie ist damit die Nachfolgerin Sahra Wagenknechts.

Die niedersächsische Bundestagsabgeordnete, die auch schon mehrmals zu Gast in Göttingen gewesen ist, gehört dem Bundestag seit der Wahl 2017 an. Die 39jährige Oldenburger Rechtsanwältin ist Mitglied im Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz sowie im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft. Sie war Fraktionssprecherin für Verbraucherschutz und für Tierschutz.

Glückwunsch, Amira. Wir freuen uns über Deine Wahl! *ef*



### Thüringen-Wahl:

## ► Wahlerfolg mit Besonderheiten

von Eckhard Fascher

Am 27. Oktober gab es für unsere Partei endlich mal Grund zur Freude: Nach verheerenden Wahlniederlagen in Brandenburg und Sachsen und einem ziemlich miesen Abschneiden bei der Europawahl erreichte DIE LINKE in Thüringen mit 31% Landesstimmen (Zweitstimmen) das beste Ergebnis bei Landtagswahlen überhaupt und wurde erstmals in einem Bundesland stärkste politische Kraft. Damit wurde auch ein deutliches Vertrauensvotum für den ersten Ministerpräsidenten der LINKEN, Bodo Ramelow abgegeben.

Obwohl die Regierung aus LINKEN, SPD und Grünen laut Meinungsumfragen beliebt ist, gibt es für diese keine Mehrheit mehr. Theoretisch wären Koalitionen aus LINKEN und CDU sowie der bisherigen Koalitionspartner mit der FDP möglich. Dies haben aber CDU und FDP jeweils ausgeschlossen. Auch ein Bündnis von CDU und AfD, dass die CDU vor der Wahl ausgeschlossen hat, hätte keine Mehrheit. Positiv für Bodo Ramelow ist, dass die Regierung in Thüringen so lange im Amt bleibt, bis eine Neue gewählt ist. Da gerade der Haushalt für 2020 beschlossen wurde, wäre eine Minderheitsregierung in dieser Zeit durchaus noch handlungsfähig.

Positiver Nebeneffekt: Auch die bundesweiten Umfragewerte für DIE LINKE stiegen nach der Landtagswahl wieder an und liegen bei Redaktionsschluss je

nach Institut bei neun oder zehn Prozent.

Es gibt allerdings bei dem Wahlergebnis einige Besonderheiten, die nachdenklich stimmen müssen.

Betrachtet man das Wahlergebnis, fällt vor allem die Diskrepanz zwischen den Landesstimmen und den Wahlkreisstimmen (Erststimmen) auf. Trotz eines Verlustes von zwölf Wahlkreisen gewinnt die CDU mit 22 fast die Hälfte aller Wahlkreise. DIE LINKE ist zwar in 39 Wahlkreisen bei den Landesstimmen stärkste Kraft, liegt aber landesweit bei den Wahlkreisstimmen mehr als fünf Prozent unter dem Ergebnis der Landesstimmen und gewinnt wie die AfD lediglich elf Wahlkreise.

Der Wahlerfolg der LINKEN ist vor allem auf den Ministerpräsidenten Bodo Ramelow zurückzuführen. 30% aller LINKEN Wähler und 40% der neuen LINKEN Wähler wählen unsere Partei laut ARD-Wahlanalyse nur wegen des Ministerpräsidenten. So hat DIE LINKE sowohl Stimmen von ehemaligen Nichtwählern als auch von SPD und Grünen und selbst von der CDU gewinnen können.

Nachdenklich stimmen muss auch, dass bei der Europawahl und der zeitgleich stattfindenden Kommunalwahl in Thüringen nicht nur die CDU massiv zu Gunsten der AfD, sondern DIE LINKE ebenfalls verloren hat und bei beiden

Wahlen jeweils nur noch 14% erreicht und gegenüber der Kommunalwahl 2014 rund ein Drittel ihrer Mandate in den Kreistagen und Stadträten verloren hat. Das Europawahlergebnis der LINKEN ist damit kaum besser als in Brandenburg (10,7%) und Sachsen (11,7%). Bei keiner anderen Thüringer Landtagspartei sind die Unterschiede zwischen den Wahlen dermaßen gravierend.

### Wo stehen die anderen Parteien?

- Die AfD ist auch in Thüringen trotz oder gerade wegen eines offen faschistisch auftretenden bzw. auch als national-revolutionär wahrgenommenen Björn Höcke der große Wahlsieger und kann vor allem Protestwähler mobilisieren. Sie hat ihre größten Erfolge in den Regionen mit Bevölkerungsabnahme, ähnlich wie in Sachsen und Brandenburg. Ihren höchsten Anteil hat sie bei Männern im Erwerbsalter.
- Die von mir in den Göttinger Blättern 10/2019 gemachte Aussage, dass die Grünen die SPD im Parteiensystem als stärkste Partei der linken Mitte wahrscheinlich ablösen werden, wird zwar durch das Wahlergebnis der Grünen in Thüringen nicht gestützt, hier hat aber ein populärer linker Ministerpräsident die Grünen massiv Stimmen gekostet. Der Bedeutungsverlust der SPD setzt sich hingegen fort.
- Die CDU ist trotz Stimmenverlusten eine der drei Großparteien in Thüringen geblieben und hat ihre Rolle als stärkste Partei in den Wahlkreisen verteidigen können. Ein parteinterner Konflikt über die bisher deutliche Abgrenzung zur AfD würde sicherlich von den Wählern nicht honoriert. Laut Tagesschauwahlanalyse möchten mehr als zwei Drittel ihrer Wähler, dass die CDU über die ablehnende Haltung zu einer Koalition mit den LINKEN neu entscheidet und über 80% ihrer Wähler, dass diese eine Koalition mit der AfD weiter ausschließt.

Nein, dem Verfasser fehlt die Phantasie, sich eine Koalition der LINKEN mit der CDU vorzustellen, wo wäre die Grundlage? Aber Viele in Thüringen haben so einen Horror vor der AfD, dass sie alles akzeptieren würden, nur um diese zu verhindern und das wiederum kann man nur zu gut verstehen.

Es bleibt spannend. Das Parteiensystem ist im Umbruch. Vorhersagen lassen sich kaum treffen.

### Vergleich Landtagswahl mit Europawahl

Partei	Landtag La-St.	Landtag Wk-St	Europawahl	Sitze	WK
<b>Wahlbeteiligung</b>	64,9% (+12,2%)	64,9% (+12,2%)	61,5% (+ 9,9%)	90 (-1)	45
<b>LINKE</b>	31,0 % (+2,8%)	25,8% (- 3,6%)	13,8% (- 8,7%)	29 (+1)	11 (+2)
<b>AfD</b>	23,4 % (+ 12,8%)	22,0% (+19,8%)	22,5% (+15,1%)	22 (+11)	11 (+11)
<b>CDU</b>	21,8% (-11,7%)	27,2% (- 10,5%)	24,7% (- 7,1%)	21 (-13)	22 (-12)
<b>SPD</b>	8,2% (- 4,2%)	10,8% (- 4,8%)	11,0% (- 7,4%)	8 (-4)	1 (unv.)
<b>GRÜNE</b>	5,2% (- 0,5%)	6,5% (+ 0,5%)	8,6% (+3,6%)	5 (-1)	0
<b>FDP</b>	5,0% (+ 2,5%)	5,4% (+ 2,9%)	4,4% (+ 2,3%)	5 (+5)	0
<b>Die PARTEI</b>	1,1% (+ 0,5%)	n.a.	2,4% (+1,7%)	0	
<b>NPD</b>	0,5% (- 3,1%)	n.a.	1,0% (-2,4%)	0	

# Rotes Zentrum e.V.

im Lieschen-Vogel-Haus · Lange-Geismar-Straße 2 · 37073 Göttingen

Mail: rotes-zentrum-goettingen@posteo.de

Unser Spendenkonto und das aktuelle Veranstaltungsprogramm senden wir auf Anfrage gerne zu



## ► Vom „KZ3“ zum „Korbiniansapfel“

Ein antifaschistischer Apfelbaum im Lieschen-Vogel-Haus

**Einer hat es getan. Eine Bombe gebaut, diese mühsam im Bürgerbräukeller platziert und gezündet. Um Hitler zu töten, den deutschen Faschismus zu beenden und den Angriffskrieg zu stoppen. Das Attentat von Georg Elser gegen Hitler am 8.11.1939 in München scheiterte.**

Im Bayerischen Hohenbercha, einer kleinen Ortschaft wenige Kilometer nord-westlich von München, fragte Korbinian Aigner im Religionsunterricht zwei Tage später die Hausaufgaben ab und behandelt das 5. Gebot: „Du sollst nicht töten“. Er wisse nicht ob es Sünde wäre aber vielleicht wären eine Millionen Menschen durch einen Erfolg Georg Elser gerettet worden. „Mord ist nicht immer gleich Mord, es kommt eben auf die Umstände an, unter denen er geschehen ist“, setzte der katholische Pfarrer des Ortes seinen Schülerinnen und Schülern auseinander. „Der Korbinian Aigner war mit seiner politischen Meinung nicht alleine. Er war aber der Einzige, der sich was getraut hat, weil der ah Frecher war“, erinnert sich die Frau des Wirtshausbetreibers Andreas Hörger im August 2015. Bereits im Juni 1934 musste Aigner eine Geldstrafe zahlen, weil er gesagt haben soll, der SA sehe man es an „dass keine Gescheiten dabei seien“ und dass einer so „dort gestanden“ habe, „als ob er die Hosen voll gehabt hätte“. Er weigerte sich die Hakenkreuzfahne an seiner Kirche zu hissen oder die Kirchglocken „für den Führer“ zu läuten.

Polizeihaft und Gefängnis, im Anschluss Konzentrationslager waren die Folge. Zunächst das KZ Oranienburg, vom 3.10.1941 bis zum 29.4.1945 das KZ Dachau. Im Konzentrationslager Dachau waren Geistliche in den sogenannten „Priesterblöcken“ untergebracht. Korbinian Aigner leistete Plantagen-Zwangsarbeit, in der sogenannten „Häftlingsgärtnerei“.

Aigner war nicht nur Pfarrer, sondern auch leidenschaftlicher Obstbaumzüchter und -Maler. Über den Landkreis Freising hinaus galt „der Apfelpfarrer“ als hervorragender Obstbaumkenner. Während seiner Haft im KZ-Dachau gelang es ihm, vermutlich auf einem Rasenstreifen zwischen den Häftlingsbaracken, aus Apfelkernen Obstbaumsetzlinge zu züchten. Ob er die kleinen Setzlinge über den Plantagen-Verkaufsladen des KZ-Dachau an sympathisierende Dorfbewohnerinnen und Nonnen „nach draußen“ schmuggeln konnte? Oder ob Aigner seine kleinen Apfelbäume tatsächlich in seinem KZ-Mantel verbarg und mit auf den Todesmarsch Richtung Tirol nahm, weicht in den Erzählungen ab. Sicher ist, dass Korbinian Aigner vom Todesmarsch fliehen konnte, die Befreiung vom deutschen Faschismus erlebte und in seine Gemeinde nach Hohenbercha zurückkehrte. Bei sich hatte er drei Apfelbäume, die er als „KZ1, KZ4 und KZ3“ benannte. Bis zu seinem Tod am 5. 10.1966 saß Korbinian Aigner häufig an einem kleinen Tisch unter einem großen Kastanienbaum im Biergarten der Taferschänke Hörger in Hohenbercha und malte mit Stift und Pinsel über 900 Apfel- und Birnensorten auf Karten aus Schuhkarton. Der „Apfelpfarrer“ schuf so ein wertvolles wissenschaftliches und künstlerisches Werk. Während der documenta 13 wurden Aigners Zeichnungen als „Konzeptkunst“ ausgestellt und einem Millionenpublikum vorgestellt. „Mehr Pomologe als Pfarrer“, urteilte das bischöfliche Ordinariat zu Lebzeiten über Aigner. Die Apfelsorten „KZ1“ und „KZ4“ galten als wenig schmackhaft und eigneten sich nicht um kultiviert zu werden. „KZ3“ hingegen trägt gelbrot geflammte Früchte, die „geschmacklich fein, saftig und gewürzt“ sind, der Apfel gilt als „guter Tafel- und Wirtschaftsapfel“.

Zu seinem 100. Geburtstag am 11.05.1985 wurde der Apfelbaum „KZ3“ von Aigners Freund und Apfelzuchtkollegen Toni Bau-

### Rotes Zentrum Veranstaltungsprogramm 2020

Anfang Dezember wird der Veranstaltungskalender des Roten Zentrums für die erste Jahreshälfte 2020 vorliegen. Dem Verein ist es erneut gelungen, ein vielfältiges und regelmäßiges Programm zusammenzustellen. Im monatlichen Rhythmus werden Kultur-, Bildungs- und Diskussionsveranstaltungen Gelegenheiten für Begegnung und Austausch geben. Der Veranstaltungskalender für die erste Jahreshälfte 2020 wird Fördermitgliedern des Vereins Rotes Zentrum Göttingen e.V. per Post zugeschickt. Das Falblatt liegt in den Räumen in der Lange-Geismar-Straße 2 aus und kann beim Vereinsvorstand bestellt werden. Einmalige Spenden oder regelmäßige Förderbeiträge zur Finanzierung des kleinen Veranstaltungsraumes Rotes Foyer sowie des Programms sind willkommen:

**Rotes Zentrum Göttingen e.V.**  
**IBAN: DE68 5209 0000 0000 2292 02**  
**BIC: GENODE51KS1**  
**Volksbank Kassel Göttingen eG**

er aus Jarzt in „Korbiniansapfel“ umbenannt. Zum 125. Geburtstag wurde Aigner vom Landkreis Dachau geehrt und acht Gedenktafeln aufgestellt. Vom Landesverband für Garten- und Landespflege wurden zu Ehren des Antifaschisten und Pfarrers 500 Korbiniansapfel-Bäume in ganz Bayern gepflanzt.

Bewohnerinnen des Lieschen-Vogel-Hauses pflegen seit 4 Jahren am Haus einen Korbiniansapfel-Baum, 8 kräftige Äpfel konnten erstmalig im Oktober diesen Jahre geerntet werden. Bei Tee, Kaffee und Kuchen erzählen sie die anrührende und hoffnungsspendende Geschichte vom antifaschistischen Apfelbaum.

**Freitag, 6. Dezember 2019, 16 Uhr**  
„Lieschens Café“ im Roten Foyer,  
Lange-Geismar-Straße 2, Göttingen



Wähler\*innengemeinschaft

# Göttinger Linke

sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

## ► Ein kritischer Blick auf die Zahlen und Aussagen im „Kommunalen Handlungskonzept zur Schaffung und Sicherung von bezahlbarem Wohnraum in Göttingen“

Bericht vom kommunalpolitischen Arbeitskreis im Oktober

Welch sperriger Titel und welch Zahlengewirr! Dankenswerterweise hat Dieter v. Frieling als fachkundiger Referent Licht ins Dunkel gebracht bzw. im Nebel geleuchtet.

Alle wissen oder erleben am eigenen Leib, dass bezahlbarer Wohnraum schwindet. Nun liegt seit 2018 ein Handlungskonzept der Stadt Göttingen vor, das hier gegensteuern will.

Wie werden diese Ziele verfolgt und führen die Instrumente des Konzeptes zum Erfolg? Dies muss regelmäßig überprüft werden, um zu schauen, ob man auf dem richtigen Weg ist. Um es vorweg zu nehmen: Die Sozialverwaltung der Stadt Göttingen ist der vollen Überzeugung, zumindest auf einem „guten Weg“ zu sein. Dies wurde auf der Sitzung des Sozialausschusses am 13.08.2019 begründet mit einem Monitoringbericht für das Jahr 2018. Allerdings ist das nebulöse Zahlengewirr schwer zu durchschauen. Auf die Vertreterin der Göttinger Linken im Sozialausschuss, Bärbel Safieh, wirkten die Kolleg\*innen der anderen Fraktionen eher wie Gläubige, die die frohe Botschaft der Sozialdezernentin trotz zaghafter Zweifel beruhigt aufnahmen.

Wir penetranten Linken jedoch wollen eher wissen und verstehen - statt blind glauben. Deshalb hat sich Dieter v. Frieling die Mühe gemacht, sowohl das Konzept als auch das Monitoring kritisch zu hinterfragen.

Schon die Einschätzung des Bedarfes an bezahlbarem Wohnraum ist komplizierter, als es die Zahlen der Sozialverwaltung glauben machen wollen. Letztere beziehen sich auf das sogenannte GEWOS- Gutachten. Diese Ermittlung ist aber eher eine Schätzung mit zahlreichen Unbekannten. Die tatsächlichen Einkommen der Göttinger Bürger\*innen sind nicht bekannt. GEWOS bezieht sich auf den Mikrozensus, also stichprobenhafte Selbsteinschätzungen. Danach

hätten 63% der Haushalte Anrecht auf eine Sozialwohnung. Das klingt schon sehr alarmierend, zumal der Großteil an neuen Wohnungen eben nicht als Sozialbau erfolgt.

Auch hängt der Bedarf an Sozialwohnungen davon ab, wie hoch die Fluktuationsquote ist. Also davon, wie viele Menschen umziehen wollen oder müssen. Auch diese relevante Zahl hat GEWOS nicht ermittelt, sondern geschätzt, wobei nicht ersichtlich ist, aufgrund welcher Daten und Annahmen.

Das Angebot an bezahlbarem Wohnraum hat GEWOS ebenfalls stichprobenartig lediglich geschätzt, und zwar für das Jahr 2016. Aktuell kann es schon wieder ganz anders und eher geringer sein. Auch wächst die Stadt; es kommen Wohnungssuchende dazu. Mit geringem oder höherem Einkommen? Wie wird sich die Altersarmut auswirken?

Der Referent hat seine Kritik der Bedarfs- und Angebotszahlen sehr detailliert erläutert, was hier nur sehr verkürzt wiedergegeben werden kann. Fakt ist: Es handelt sich um fiktive Größen. Möglicherweise wird die Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum zu gering und das Angebot zu hoch eingeschätzt. So kann mit geschönten Zahlen das tatsächliche Ausmaß der Misere verschleiert werden.

Von den zahlreich aufgeführten Instrumenten, mit denen die Kommune laut ihrem Handlungskonzept bezahlbaren Wohnraum schaffen und sichern will, konnte der Referent nur zwei überprüfen, für die anderen lägen keine Daten vor.

Die Quote, die besagt, dass bei Neubauten ab 12 Wohneinheiten 30% bezahlbar sein sollen, hat übrigens die Göttinger Linke ins Spiel gebracht! Allerdings gibt es hier zahlreiche Ausnahmen und Schlupflöcher.

Das Monitoring allerdings meldet Erfolge: Immerhin seien durch die Quote in 2017/18 194 bezahlbare Wohnungen entstanden. Dem gegenüber steht aber

## Kontakte:

Wähler\*innengemeinschaft  
Göttinger Linke

Rotes Zentrum,  
Lange Geismarstraße 2  
37073 Göttingen  
[www.goettinger-linke.de](http://www.goettinger-linke.de)  
E-Mail: [sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de](mailto:sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de)

**SprecherInnenkreis:**  
Thomas Bahrs, Dr. Eckhardt Fascher,  
Oliver Preuß, Bärbel Safieh,  
Dr. Christian Schüler, Christa Siebecke

**Kassierer:**  
Gunnar Siebecke

**Fraktion Göttinger Linke  
im Rat der Stadt Göttingen**  
Neues Rathaus Zi. 931 (9.Stock)  
Hiroshimaplatz 1-4  
37083 Göttingen  
Telefon: 0551- 400 2347  
[GoeLinke-Ratsfraktion@goettingen.de](mailto:GoeLinke-Ratsfraktion@goettingen.de)

**Fraktionsmitarbeiter:**  
Udo Trost

**Öffnungszeiten des Büros:**  
Mo. 09:00 – 12:30 Uhr  
Mi. 14:00 – 17:00 Uhr  
Do. 13:00 – 17:00 Uhr

**Fraktionssitzung:**  
Mittwoch 17.00 Uhr (öffentlich)

**Mandatsträger:**  
Rolf Ralle (Fraktionsvorsitzender)  
Bärbel Safieh  
Edgar Schu

## Kommunalpolitischer Arbeitskreis:

**Mittwoch, 04. Dezember, 19.00 Uhr,  
Neues Rathaus, Raum 1118**

Vertreter von Fridays For Future werden sich und ihre klimapolitischen Ziele vorstellen und wir werden diskutieren, welche kommunalpolitischen Ansatzpunkte es gibt und wo die Wählergemeinschaft Göttinger Linke sowohl im Rat der Stadt Göttingen als auch außerparlamentarisch diese Anliegen unterstützen kann.

ein aktueller Bedarf von 1900 (!) Sozialwohnungen.

Auch wird regelrecht gelogen: So sind in den o.g. armseligen 194 günstigen Wohnungen 80 Wohnungen in Grone eingerechnet, die aber keinesfalls neu gebaut werden von der Adler AG, sondern die heute schon (oder noch) „bezahlbar“ sind und deren Miete nicht über die genannten Grenzen erhöht werden soll!

Lediglich 3,5 Millionen stellt die Stadt für die soziale Wohnraumförderung zur Verfügung. Hiermit sollen Belegrechte eingekauft und der Bau von Sozialwohnungen angereizt werden. Ein Tropfen auf den heißen Stein.

(...) weiter nächste Seite

Wähler\*innengemeinschaft

**Göttinger Linke**  
 im Rat der Stadt Göttingen

# Ratsinfo

Dezember 2019



Rede zum Ratsantrag am 15.11.2019

## „Zeitnahe Planung und Bau einer neuen Unterkunft“

Zu unserer großen Freude wurde bei der letzten Ratssitzung am 13.09.2019 mehrheitlich beschlossen, dass die Stadt Göttingen sicherer Hafen wird. Ein hehres Ziel, das aber unbedingt zeitnah mit konkreten Handlungen angesteuert werden muss. So ist folgerichtig im Beschluss-text genau ausgeführt, was unsere Entscheidung im Einzelnen heißt. Unter Punkt 3 ist dort zu lesen: Zitat: „Die Stadt Göttingen stellt die schnelle und unkomplizierte Aufnahme und Unterbringung von aus Seenot geretteten Menschen zusätzlich zur Verteilungsquote von Schutzsuchenden sicher“ Zitatende. Dazu hat sich die Stadt Göttingen also verpflichtet. Aber wie wollen wir dieser Verpflichtung nachkommen? In einer Zeit, wo bezahlbarer Wohnraum knapp ist und schon ansässige Menschen kaum noch finden können. In ungeeigneten Unterkünften wie Lagerhallen oder dergleichen wollen wir Menschen nicht mehr unterbringen. Darauf hat sich Politik und Verwaltung nach langem Ringen und nach unermüdlichen Protesten der Geflüchteten und ihrer UnterstützerInnen endlich geeinigt. Noch im Dezember letzten Jahres wurde angesichts der schwierigen Unterbringungssituation hier an dieser Stelle der Beschluss gefasst, 6 Millionen Euro in den Haushalt 2019/20 einzustellen, um damit eine neue Unterkunft für Geflüchtete zu bauen. Liest man die Protokolle der Diskussionen dazu, fällt auf, dass sich alle Parteien -ausnahmsweise- einig waren: Es sollte etwas Dauerhaftes gebaut werden soll, kein weiteres Provisorium. Und gern nicht wieder am Schützenanger, sondern andere Standorte wurden vorgeschlagen. Damals hieß es von der Verwaltungsseite: Aus der Not heraus könne man auf die Schnelle kein anderes geeignetes Grundstück finden. Auch käme aus zeitlichem Druck nur die Containerbauweise in Frage. Noch im März dieses Jahres gab es einen Aufnahmestopp für Geflüchtete und eine Vereinbarung mit dem Landkreis Hameln-Pyrmont, der uns zugewiesene Geflüchtete abnahm. Dann wurde Entwarnung gegeben. Zitat aus dem Controllingreport, S.121, vom 31.07.2019: „Aufgrund von einem geringeren Bedarf an Unterkünften ist der Bau einer Gemeinschaftsunterkunft nicht mehr notwendig.“ Zitat Ende. Wir finden, hier wird zu kurzfristig gedacht und gehandelt. Auch wenn die Gemeinschaftsunterkunft auf den Zienterrassen für weitere 5 Jahre verlängert wurde. Aber was ist danach? Warum nicht jetzt weiter nach einem geeigneten städtischen Grundstück für eine Dauerlösung schauen? Lassen Sie uns jetzt das zur Verfügung stehende Geld nutzen, um nachhaltigen Wohnraum zu schaffen, der nicht nur für Geflüchtete dringend benötigt wird. Lassen Sie uns jetzt Konzepte für die integrative Unterbringung Geflüchteter weiter entwickeln. Die im Haushalt vorgesehenen 6 Millionen können zeitnah dafür genutzt werden, hier vorausschauend zu planen und zu handeln. Dies wurde quer durch alle Parteien von Ihnen im Dezember letzten Jahres eingefordert! Es wäre fatal, diese Mittel auf Eis zu legen. Welchen Sinn macht es, wieder abzuwarten, bis der Notfall eintritt und die Stadt ad hoc wieder mehr Geflüchtete unterzubringen hat als Plätze vorhanden sind? Abwarten macht gar keinen Sinn. Schon gar nicht, wenn Sie Ihren eigenen Beschluss ernst nehmen, als sicherer Hafen für Menschen in Seenot parat zu stehen. Lassen Sie Ihren guten Absichten konkrete Taten folgen und stimmen Sie der Überweisung unseres Antrages in den Fachausschuss zu!

**Der Antrag wurde von rot/grün direkt abgelehnt. Wir bleiben trotzdem am Ball. Sollen die Sozis und Grünen mal ihren Leuten erklären, warum sie sich inzwischen schämen, die Resolution überhaupt mitgemacht zu haben. In der nächsten Ratssitzung kommt wieder ein Antrag zum sicheren Hafen.**

## Kontaktdaten

**Fraktion Göttinger Linke  
im Rat der Stadt Göttingen**  
 Neues Rathaus Zi. 931 (9.Stock)  
 Hiroshimaplatz 1-4  
 37083 Göttingen  
 Telefon: 0551- 400 2347  
[goeLinke-  
Ratsfraktion@goettingen.de](mailto:goeLinke-Ratsfraktion@goettingen.de)

**Fraktionsmitarbeiter:**  
 Udo Trost

### Öffnungszeiten des Büros:

Mo: 9:00 – 12:30 Uhr  
 Di: 13:00 – 17:00 Uhr  
 Mi: 14:00 – 17:00 Uhr  
 Do: 13:00 – 17:00 Uhr

### Fortsetzung "Ein kritischer Blick ..." von Seite 10

Fazit ist: Das Kommunale Handlungskonzept setzt auf „marktkonforme“ Lösungen der Wohnungsmisere. Dies ist keinesfalls „ein guter Weg“, sondern völlig unzureichend und sogar unehrlich. Dies haben der überaus informative Vortrag und die angeregte Diskussion sehr deutlich herausgearbeitet. Bleibt zu fragen, was wir tun können? Zum einen darf die Ratsfraktion nicht aufhören, Sand ins geschmeidige Getriebe von Mehrheitsparteien und Verwaltung zu streuen. Zum anderen ist die Göttinger Linke insgesamt gefragt, sich noch stärker mit anderen wohnungspolitisch Aktiven Initiativen zusammen zu schließen. Gemeinsam öffentlichkeitswirksamer zu werden - ein machbares Ziel!

(bs)

Rezension

## ► Wollen wir wirklich Frieden?

**Politik und Propaganda gegen den Strich gebürstet: Wolfgang Bittners neues Werk „Der neue West-Ost-Konflikt. Inszenierung einer Krise“**

Von Ralf Ruhl

Ost-West-Konflikt – da war doch was... Die Älteren erinnern sich: Kalter Krieg, Kuba-Krise, Stellvertreter-Kriege, Chruschchow und Kennedy, Nixon und Breshnev, und immer die Angst vor dem Atomschlag. Aber das ist doch 70, 50, 30 Jahre her. Wir haben die Sowjetunion und ihre Vasallenstaaten doch niederkonkurriert, ausgeblutet mit der Aufrüstung, den Kalten Krieg damit beendet und der Welt Frieden beschert.

Echt jetzt? Wieso sind wir dann in eine neue Phase des Hochrüstens eingetreten? Gegen wen denn? Das Friedensforschungsinstitut sipri in Stockholm listet jährlich die Wehr- und Verteidigungsausgaben aller Länder auf. Demnach belief sich der Wehretat der USA 2017 auf 610 Milliarden Dollar! Deutschland gab dafür 44,3 Millionen aus, immerhin 1,2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Und Präsident Trump fordert immer wieder, die Verteidigungsausgaben auf über 2 Prozent zu erhöhen. Alle NATO-Staaten zusammen gaben 2017 gut 900 Milliarden für ihr Militär aus. Russland demgegenüber 66,3 Milliarden. Während die NATO-Länder ein Jahr später knapp eine Billion für Waffen & Co aufwandten, hat Russland seine diesbezüglichen Ausgaben reduziert: auf 61,4 Milliarden Dollar.

Der Göttinger Schriftsteller und Jurist Wolfgang Bittner listet in seinem neuen, politisch höchst brisanten Buch viele solcher Zahlen und Belege auf. Die sind allgemein zugänglich, stammen mehrheitlich aus westlichen, vor allem deutschen Quellen und Artikeln. Also nicht aus verschwörungstheorieverdächtigen obskuren Internetseiten von gegenüber des einstmaligen eisernen Vorhangs.

Warum das Ganze? Es geht natürlich ums Geld. Und reicht weit zurück. Bittner zitiert George Friedman, den ehemaligen Direktor des einflussreichen Thinktanks Stratfor. Dieser sagte in einer öffentlichen Rede, das Hauptinteresse der US-Außenpolitik seien die Beziehungen zwischen Deutschland und Russland gewesen – seit den Vorbereitungen zum ersten Weltkrieg. Es habe gegolten, weitreichende Kooperationen zwischen beiden Staaten zu verhindern. Denn deutsche Technologie und Kapital zusammen mit russischen Rohstoff-Ressourcen und un-

erschöpflicher Arbeitskraft sei die einzige wirklich ernst zu nehmende Konkurrenz. Und zwar wirtschaftlich wie militärisch.

### Der Westen als Aggressor

Auf diesem Hintergrund klingen die Meldungen über Warnungen vor Northstream 2, die Forderung, russische Häfen im Asowschen Meer für westliche Schiffe – auch Kriegsschiffe! – zu öffnen, überhaupt der ganze militärische Konflikt in der Ukraine ganz anders. Das gilt auch für das waffenstarrende Engagement in Syrien. Russland sieht sich eingekreist und muss sich daher wehren und Putin wird die eigene Expansionspolitik aufgezungen, er reagiert nur auf den Westen.

So sieht Bittner das. Leider kommt das manchmal etwas pamphlethaft rüber, Putin wird quasi als beschwichtigender Friedensengel dargestellt. Eigene geostrategische und wirtschaftliche Interessen scheint er nicht zu verfolgen. Treibende Kraft in dieser Inszenierung ist laut Bittner eindeutig die NATO. Weshalb er auch vom West-Ost-Konflikt spricht, den Aggressor an den Anfang des Bindestrichwortes stellt.

Auch wenn man seiner Sichtweise nicht folgt, so ist dies durchaus erhellend und schafft einen Nachdenk-Effekt. Denn wir werden täglich mit den Ergebnissen und Ergüssen einer ebenso einseitigen – US-freundlichen – Propaganda beschallt und berieselt. Atlantik-Brücke, Münchener Sicherheitskonferenz, European Council on Foreign Relations, Rockefeller Foundation und über hundert weitere Organisationen nehmen täglich Einfluss auf Politik und Berichterstattung. Nicht nur Bild und FAZ, auch Zeit, ZDF und ARD, Spiegel und Süddeutsche sind in diesen Organisationen vertreten. So sei zu erklären, meint Bittner, dass vor allem Berichte zu Syrien, der Ukraine, Russland oder Venezuela in fast allen Medien identisch sind. Die Vierte Gewalt käme demnach ihrer Aufgabe nur noch sehr unvollständig nach. Denn Journalisten und Politiker hätten Konsequenzen zu befürchten. Bittner zeigt die Karriereknicks und PR-Gaus bei verschiedenen Männern (ausschließlich Männern) auf, die auf die „schwarze Liste“ des Atlantic Council geraten waren, von Sigmar Gabriel bis Roland Pofalla.



### Der Autor:

**Wolfgang Bittner**, 1941 in Gleiwitz, Oberschlesien, geboren, wuchs in Ostfriesland auf. Auf dem Zweiten Bildungsweg holte er das Abitur nach und studierte Jura in Göttingen und München. 1978 erschien sein erster Roman *Der Aufsteiger* oder *Ein Versuch zu leben*. Sein bisher bekanntestes Werk ist der Roman *Niemandsland*, der 1992 erschien. Bittner erhielt verschiedene literarische Auszeichnungen, zuletzt (2010) den Karlspreis der Neuen Rheinischen Zeitung. Er ist Mitglied des PEN-Zentrums Deutschland und des Verbands Deutscher Schriftsteller (VDS). Seit vielen Jahren lebt er als freischaffender Schriftsteller in Göttingen.

**Wolfgang Bittner: Der neue West-Ost-Konflikt. Inszenierung einer Krise.** Zeitgeist, [www.zeitgeist-online.de](http://www.zeitgeist-online.de), ISBN 978-3-943007-25-1, 320 Seiten, 19,90 Euro (E-Book 15,99 Euro)

Und das alles im Dienst von Aufrüstung und hegemonialen Wirtschaftsinteressen der USA. Da kann einem schon Angst und Bange werden. „Die Welt steht am Abgrund“, schreibt Bittner, und sieht akute Kriegsgefahr im Nahen Osten, Südamerika und der Ukraine. Also gar nicht so weit weg. Aber Angst ist ein schlechter Ratgeber, und so wünscht sich Bittner ein verstärktes Friedensengagement von Parteien, Kirchen, Gewerkschaften und Verbänden. Und setzt seine Hoffnung in diejenigen, die in diesem Jahr nicht nur freitags für eine gesunde Umwelt und eine positive Zukunft für alle Menschen auf die Straße gehen. Denn letztlich kann nur Druck von unten die europäischen Regierungen dazu bringen, „selbstbewusst auf eine strategische Friedenspartnerschaft mit Russland hinzuarbeiten“.